

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

28.10.1925 (No. 250)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postkontor
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Knecht,
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierarbeit gilt und vorüberig werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Weiterleitung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Offnung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Hundert Jahre Technische Hochschule Karlsruhe

Karlsruhe, die Landeshauptstadt Badens, besitzt drei Institute, welche ihr auch über die Grenzen des Landes hinaus die Beachtung und die Bewunderung aller kulturell interessierten Menschen sichern, das sind: das Landestheater, die Landeskunstschule und die Technische Hochschule. Und nun feiert das eine dieser Institute, die Technische Hochschule Karlsruhe, ihr hundertjähriges Bestehen.

Unter den drei Instituten nimmt die Technische Hochschule insofern den höchsten Rang ein, als sie mit ihrem kulturellen Geltungsbereich schier die ganze Welt umspannt. Wo immer es auch in der Welt hervorragende Männer der Technik gibt, da hat die Karlsruher Hochschule einen guten Klang. Und es läßt sich wohl keine größere Nation nachweisen, von der nicht Angehörige zu den Füßen eines Karlsruher Hochschullehrers gesessen hätten.

Die wissenschaftlichen Leistungen der Karlsruher Hochschule sind namentlich in den letzten Jahrzehnten derartig bedeutend gewesen, daß die Hochschule den Vergleich mit keinem anderen ähnlichen Institut der Welt zu scheuen braucht. Glänzende Namen haben unter ihren Professoren gestrahlt und sind auch heute noch darunter zu finden. Epochenmachende Erfindungen sind von Karlsruhe ausgegangen und haben sich die ganze Welt erobert. Genialität der Auffassung, Gründlichkeit des Wissens und Ergründlichkeit der Forschungsmethode sind immer die Merkmale der großen Lehrer dieser Hochschule gewesen.

So haben badische Regierung, badisches Volk und Karlsruher Bevölkerung allen Anlaß, zusammen mit dem Lehrkörper und den Studierenden das hundertjährige Bestehen der Karlsruher Technischen Hochschule mit den Gefühlen des Stolzes und der Genugtuung zu feiern. Aber sie feiern nicht allein. Tausende von Vertretern außerbadischer gelehrter Institute und Körperschaften, von früheren Angehörigen der Hochschule sind hierher geeilt, um auch ihrerseits Zeugnis abzulegen von der Dankbarkeit und Hochachtung, welche sie dem Institut entgegenbringen. So wird sich zweifellos das Ganze zu einer Feier überragender Art gestalten, zu einer Feier, die gleichzeitig ein kulturelles Ereignis schlechthin ist.

Wir mögen das Kulturgeschehen der letzten Jahrzehnte mit aller Skepsis betrachten und auch der Meinung zuneigen, daß die Menschheit bei einem Reicherwerden an äußerlichen Werten im inneren ärmer geworden ist, so bleibt doch das, was die Menschheit auf dem Gebiete der Technik im weitesten Sinne des Wortes, auf dem Gebiete der Zivilisation im 19. und 20. Jahrhundert errungen hat, eine der imponierendsten Manifestationen des menschlichen Geistes. Und die Hoffnung dürfen wir uns nicht rauben lassen, daß all dies Errungene nach und nach auch dem innerlichen Leben des Menschen eingefügt werden wird, so daß er sich auch feilsch wieder zum Herrn und Meister aufschwingt. Die Fülle der technischen Erfindungen und Errungenschaften ist so riesengroß gewesen, daß der Mensch geistig und feilsch diesem rasenden Zuge der Entwicklung kaum noch zu folgen vermochte. Erst langsam werden sich die Nerven an all das Neue gewöhnen, um es innerlich verarbeiten zu können. Und dann erst wird es Kulturgut in der vollsten Bedeutung dieses Wortes geworden sein.

An der gigantischen Lat des menschlichen Geistes ändert eine solche Betrachtungsweise natürlich nichts. Der Mensch wird nun einmal getrieben von dem Forschungsdrange nach Wissen und Erkenntnis, er wird getrieben von dem heißen Wunsch, die Kräfte der Natur sich noch weiter untertan zu machen. Und die kühnen Pioniere, die uns dabei voraneilen, können nicht danach fragen, ob die Masse ihrer Mitbürger für alle neuen Erkenntnisse, für alle neuen Erfindungen feilsch schon aufnahmefähig genug ist. Zunächst wird immer eine große neue Entdeckung wie ein Anprall auf die Nerven der Menschheit wirken und Erschütterungen hervorrufen. Aber unser Glaube an die Kraft und Anpassungsfähigkeit dieser Nerven ist unbegrenzt. Und mag auch eine Abergangszeit je manchmal gar zu schweren Belastungsproben ausfallen, so wird sich das mit der Zeit schon wieder ausgleichen.

Vorübergehen kann niemand an jenen Erfindungen und Errungenschaften der Technik. Vor allem das Wirtschaftswesen ist es, das auf sie angewiesen bleibt. Und auch der kleinste Bauer im fernsten Dörfchen wird irgend-

wie durch diese Errungenschaften berührt. So ist es selbstverständlich, daß die Bevölkerung des ganzen Landes und ihre parlamentarische Vertretung zusammen mit der Regierung, zusammen mit opferwilligen privaten Stiftern alles daran legen, um die Technische Hochschule Badens auf der Höhe der Forschung zu erhalten. Es ist immer ein Ruhmestitel des badischen Landes gewesen, daß es sich trotz seiner Kleinheit drei Hochschulen leistet. Dafür ist aber auch der Ruf unserer engeren Heimat als der eines deutschen Kulturlandes von Rang in der ganzen Welt begründet. Und die Technische Hochschule Karlsruhe hat diesen Ruf mit begründen helfen. Unser aller Wunsch kann sonach nur der sein, daß den hundert Jahren glorreichen Bestehens weitere hundert Jahre ruhmwürdiger Tätigkeit folgen mögen!

Bei der Feier am morgigen Donnerstag und in den folgenden beiden Tagen werden sämtliche deutsche Universitäten und Hochschulen durch ihre Rektoren, sowie die Hochschulen von 16 auswärtigen Staaten vertreten sein, darunter Österreich, Deutsch-Böhmen, die Schweiz, Italien, Spanien, Griechenland, Ungarn, die nordischen Länder, England, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Brasilien. Auch der schwedische Forscher Sven Hedin befindet sich unter den angemeldeten Ehren Gästen. Die Hochschule zählt in den 100 Jahren ihres Bestehens eine außerordentlich große Zahl führender Männer der Technik zu ihrem Lehrkörper, darunter Tulla, den „Väppling des Oberheins“, den Architektent Weinbrenner, den Erbauer von Karlsruhe und Heilrich Dorch, den berühmten Physiker und Erfinder der nach ihm benannten elektrischen Wellen, die bahnbrechend und grundlegend geworden sind für die drahtlose Telegraphie und Telephonie. An der Spitze des Wirkens des Lehrkörpers, im Ehrenfriedhof der Technischen Hochschule, ist jetzt ein von den Pionieren und der Junkindurie Deutschlands gestiftetes Heinrich Heine-Denkmal errichtet worden, das während der Jubiläumssfeier mit einem Festakt enthüllt wird. Die süddeutschen Länder werden durch ihre Ministerpräsidenten bei der Jubiläumssfeier vertreten sein.

Rücktritt des französischen Kabinetts

Die französische Regierung Painlevé hat am Dienstag infolge des Konflikts mit dem Finanzminister Caillaux — das Votumabkommen hat in keiner Weise dabei mitgespielt — ihren Rücktritt eingereicht, den der Präsident der Republik Doumergue angenommen hat. Er hat jedoch das Kabinett mit der Weiterführung der laufenden Geschäfte beauftragt. Caillaux war gegen die Vermögensabgabe und gegen die Aufhebung des Privilegs der Steuerfreiheit der Renten aus Staatsanleihe. Er befürchtete von beiden Maßnahmen eine verhängnisvolle Minderwirkung auf den Staatskredit, eine elementare Förderung der privaten Spekulation und eine autoritative Verschleppung der Inflation. Er will infolgedessen nicht über eine allmähliche Erhöhung der bestehenden Belastung des Vermögens, des Besitzes und der großen Einkommen hinausgehen. Die Verzögerung des Besitzes soll sich auf eine neue Veranschlagung der Erbschaftsteuer beschränken, die Heranziehung des Vermögens in der Hauptsache auf eine Besteuerung der unproduktiven Güter: der im Privatbesitz befindlichen Sammlungen jeglicher Art. Caillaux hat auch weiterhin sich nicht entschließen können, dem Plan der Kapitalabgabe näherzutreten, und da die Wiederherstellung des Kartells der Vinten, d. h. die Einbeziehung der Sozialisten in die Regierungsmehrheit einstimmig für unerlässlich erklärt wurde, so war der Rücktritt des ganzen Ministeriums unvermeidlich geworden. Die Feindschaft des Senats gegen diese Abgabe, an der schon Herriot scheiterte, besteht jedoch fort, und die Verfassung der französischen Republik gibt keinerlei Mittel zur Auflösung des Oberhauses. Die Opposition im Senat wird sogar gestärkt werden durch die Anwesenheit Caillaux, der jetzt wieder über einen Sitz im Oberhaus verfügt und bereits seine Teilnahme an der Debatte angekündigt hat.

Paris, 28. Oktober. (Tel.) Die Morgenpresse hält es für wahrscheinlich, daß der Präsident der Republik heute Painlevé aufs neue mit der Kabinettsbildung betrauen wird. Bereits gestern hatten Kammerpräsident Herriot sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse des Senats und der Kammer, Berenger und Malon, Painlevé als den Mann bezeichnet, der als Ministerpräsident in Frage komme. „Journal“ nennt als Kandidaten für die Ministerpräsidentenschaft Herriot, Painlevé oder Briand.

Der Prozeß der preussischen Landespausbrieftauf. Am Schluß seines Plaidoyers beantragte am Dienstag, wie aus Berlin gemeldet wird, Staatsanwalt Dr. Zimmermann folgende Strafen: Gegen den Angeklagten Nehring wegen Bilanzfälschung, Betruges und Untreue insgesamt 9 Monate Gefängnis und 6000 M. Geldstrafe; für die Gefängnisstrafe wird bedingte Begnadigung empfohlen. — Gegen den Angeklagten Lüders insgesamt 1 Jahr Gefängnis, 2000 M. Geldstrafe und Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren. — Gegen die Angeklagten von Esdorf, von Karstedt u. von Carlowitz Gefängnisstrafen von je 1 Jahr 9 Monaten. Carlowitz soll dabei die Unteruchtmohrhaft angerechnet werden.

* Zur Frage der badischen Koalitionspolitik

Die Frage der Koalitionsbildung in Baden wird weiterhin von der politischen Presse des Landes eifrig erörtert. Am wichtigsten scheint uns ein Artikel zu sein, den der Reichstagsabgeordnete Adam Höder in der „Badischen Zentrumskorrespondenz“ veröffentlicht, und der heute vom „Badischen Beobachter“ abgedruckt wird. Die entscheidende Stelle dieses Artikels lautet folgendermaßen:

„Wie wird die parlamentarische Zukunft sich gestalten, wie wird die Zusammensetzung der Regierung sein? Schon loden allerhand Stimmen aus den unlegitimierten Lagern zu einem Bürgerblock, in dem die Nationalliberalen den Ton angeben und die Ministerliste bestimmen. Die Nationalliberalen wollen gerne die Sozialdemokratie ausschalten und mit Zentrum und Deutschnationalen eine „bürgerliche Regierung“ bilden. Man kennt diese Mattenfinger-Methoden, aber die Zentrumsparlei ist nicht kindlich genug, auf solche Schmalmeintöne einer von Stresemann's Gnaden fundierten Zeitungspolitik hereinzuweisen und eine reaktionäre Gewaltpolitik zu treiben. Die Zentrumsparlei wird ihre demokratischen Grundsätze nicht verleugnen; sie wird die zweitstärkste Partei des Parlaments von der Regierung nicht ausschließen. Bestigta lerren! Sie kann vielleicht die Politik der Volksgemeinschaft akzeptieren, aber niemals die Bürgerblockpolitik. Da für die Volksgemeinschaft die Rechte nicht zu haben sind, so wird es bei der alten Koalition bleiben. Diese hat auch bis jetzt gut regiert.“

Inzwischen hat auch die „Neue Badische Landeszeitung“, das größte demokratische Organ Badens, die Frage der Koalitionsbildung behandelt und sich dabei gleichfalls mit dem Vorschlag der „Badischen Presse“ auf Bildung einer Koalition der bürgerlichen Mitte auseinandergesetzt. Wir geben den wichtigen Abschnitt aus den Darlegungen der „Neuen Badischen Landeszeitung“ hier wieder. Er lautet:

„Die Badische Presse, das Organ der Deutschen Volkspartei, schrieb bereits gestern, daß für diese Partei „zunächst“ ein Eintritt in die große Koalition ausgeschlossen sei. Dann setzte sich das genannte Blatt für die Bildung einer Regierung der Mitte unter Ausschluß der Sozialdemokratie ein. Es geht dabei so weit, dem Zentrum das dauernde Präsidium anzubieten. Dieser Vorschlag nimmt sich pikant aus, wenn er aus dem Munde der Deutschen Volkspartei kommt, die doch als Wahlsparole die Befreiung des Landes von der Übermacht des Zentrums ausgegeben hatte! Von demokratischer Seite ist übrigens, wie man sich erinnern wird, die vom Zentrum teils offen, teils versteckt schon wiederholt erhobene Forderung, den Posten des Staatspräsidenten der stärksten Partei — das hieße nach der Lage der Dinge dem Zentrum — dauernd zu überlassen, entschieden abgelehnt worden. Die Deutsche demokratische Partei wird von diesem Standpunkt auch jetzt kein Jota ablassen, wenn die Frage von anderer Seite wieder aufgerollt werden sollte. Es besteht durchaus kein Anlaß, an dem jährlichen Wechsel des Staatspräsidenten irgend etwas zu ändern. Die Gelüste nach Ministerposten müssen bei der Deutschen Volkspartei schon sehr groß sein, wenn sie von sich aus eine so weitgehende und schwerwiegende Konzeption dem Zentrum anbieten läßt. Sie darf aber dabei nicht darauf rechnen, die Demokraten an ihrer Seite zu finden.“

Wenn man gewußt hätte, daß der Artikel der „Bad. Presse“ lediglich die Privatmeinung der Redaktion bzw. des Verlegers wiedergibt, dann hätte man wohl kaum Veranlassung gehabt, sich mit ihm derartig ausführlich zu beschäftigen. Zunächst mußte man nach der Lage der Dinge annehmen, daß das Blatt von den maßgebenden Parteinstanzen zur Abfassung jenes Artikels autorisiert worden sei. Daß das nicht der Fall ist, ergibt sich ganz klar aus der Lektüre des Mannheimer deutsch-volksparteilichen Organs, der „Neuen Mannheimer Zeitung“ (früher Generalanzeiger). Dort heißt es nämlich wörtlich:

„Nicht einverstanden können wir uns mit der „Badischen Presse“ erklären, die gewissermaßen das Präsidium spielen will. Das Blatt meint, das Zentrum werde sich wohl entscheiden müssen, ob es mit den Sozialdemokraten die bisherige Koalition fortsetze oder mit der Deutschen Volkspartei unter Ausschluß der Sozialdemokraten eine Koalition der bürgerlichen Mitte (Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten) bilden wolle. Dafür verspricht es dem Zentrum, wenn es zustimmen sollte, den dauernden Besitz des Staatspräsidentenpostens, mit gewissen Sicherungen gegen eine dauernde Majorisierung durch das Zentrum. Wir glauben, nach unserer Kenntnis der Dinge schon heute sagen zu können, daß die Deutsche Volkspartei diese Politik der „Bad. Presse“ nicht mitmachen wird.“

Das ist eine glatte Dasabwägung. Und das Karlsruher Blatt erklärt denn auch bereits in seiner gestrigen Abendausgabe, daß der bekannte Vorschlag „von einer Seite komme, die in voller Unabhängigkeit auf keine Parteiwünsche Rücksicht zu nehmen hat“. Nun damit ist das Ganze als Privatpolitik der Badischen Presse gekennzeichnet. Und man braucht auch nicht von den

weiteren Ausführungen Notiz zu nehmen, mit welchen das Blatt gestern abend seinen Vorschlag noch unterstrich. Daß dabei bereits der neue Innenminister in der Person des Herrn Landrats Schaible nominiert wurde, soll lediglich aus Gründen der Kuriosität erwähnt werden, ebenso wie ein anderer Satz, in welchem das Blatt selber zugibt, man werde im Lager der Parteiführer den bekannten Vorschlag mit überlegenem Nicken „als allzu deutliche Klumpheit ansehen“. Die Frage, ob die „Badische Presse“ mit der ganzen Kampagne der Deutschen Volkspartei oder auch nur Herrn Landrat Schaible genügt hat, wird ja wohl von den Instanzen der Partei bezw. Herrn Schaible selbst zu beantworten sein.

Mit alledem ist natürlich die Frage der Koalitionsbildung keineswegs entschieden. Wir betonen nochmals, daß es Sache der Fraktionen sein wird, hier das entscheidende Wort zu sprechen. Sie allein sind dazu berufen, Mag diese Entscheidung ausfallen, wie sie wolle, so wäre es doch gut, wenn die Beratungen nicht durch Artikel gestört würden, die von jedem vernünftigen Menschen für parteiunabhängig gehalten werden müssen, sich aber später als private und unverantwortliche Leistungen herausstellen.

Zur Reichsregierungskrise

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei

Parteivorstand und Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben am Dienstag getagt und als Ergebnis ihrer Beratungen eine Mitteilung an die Öffentlichkeit abgegeben, die sich Punkt für Punkt gegen die deutschnationalen Einwände wendet und sich zum Teil wörtlich an die von Stresemann bereits im Auswärtigen Ausschuss vorgebrachten Argumente hält. U. a. heißt es darin:

„Deutschland verzichtet nicht auf die im Versailler Vertrag festgesetzten sowie die durch fortschreitende friedliche Entwicklung herbeizuführenden Abänderungsmöglichkeiten. Auch die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werden nach den in Locarno getroffenen Vereinbarungen gewahrt bleiben. Endlich sind auch im Osten durch die Befestigung der französischen Garantie für die Schiedsverträge und die Zurückweisung der polnischen und tschechischen Forderungen nach einer Erweiterung der östlichen Verträge zu Sicherheitspacten die deutschen Interessen gewahrt. Die französisch-polnisch-tschechischen Militärbündnisse bedrohen Deutschland nicht; sie bedeuten nur ein Anpassen an das Verfahren der Völkerbundsatzung. Es ist Pflicht der politischen Organe des Reichs und Volkes mit allen Kräften auf solche Ergänzungen und sofortigen Auswirkungen der Vereinbarungen von Locarno hinzuwirken. Diese außenpolitische Aufgabe steht im Vordergrund. Ihre Erfüllung wird durch das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei gefährdet. Statt mit uns und den anderen Parteien an der Durchführung der von ihr selbst bisher verfolgten Politik mitzuwirken, hat sie kurz vor Erreichung des Zieles sich von der weiteren Mitwirkung selbst ausgeschaltet. Für die außen- und innenpolitischen Folgen trägt sie die volle Verantwortung.“

Berliner Pressstimmen

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Deutschnationalen die Verantwortung für die außen- und innenpolitischen Folgen ihres Verhaltens, und sagt: Will man von Verantwortung überhaupt sprechen, so kann es höchstens die sein, ob wir zum zweiten Male Bindungen schaffen wollen, die denen von Versailles ähneln. Diese Verantwortung tragen aber höchstens diejenigen, die dem Volke einen Friedensgeist vortauschen, der tatsächlich auf der Gegenseite nicht vorhanden ist.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, daß bei den Fraktionsberatungen der Deutschen Volkspartei die Frage einer Rekonstruktion der Regierungsbasis zurückgestellt worden sei bis zu einem Zeitpunkt, an dem man auf Grund der außenpolitischen Resultate zu einer endgültigen Entscheidung über das Werk von Locarno gelangen könne. Bis auf weiteres sehe man schwerlich eine andere Möglichkeit, als die einer Minderheitsregierung; denn die Anregungen der demokratischen Presse zur Wiederherstellung der großen Koalition seien in der Deutschen Volkspartei keineswegs auf günstigen Boden.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt unter der Überschrift „Schafft Klarheit!“. Die Oppositionsparteien, Demokraten und Sozialdemokraten, müssen volle Klarheit verlangen, bevor der Reichstag zusammentritt und bevor die Frage des Wahlvertrages zur Abstimmung gestellt wird. Gewiß sind auch diese beiden Parteien für die Annahme des Vertrages. Aber es handelt sich nicht nur um die Annahme des Vertrages, sondern auch um die Bildung einer festen Regierungskoalition, welche die in Locarno eingeleitete Verständigungspolitik durchführen und fortsetzen kann.

Die „Badische Zeitung“ erklärt: Das völksparteiliche Kommuniqué endigt mit einem großen Fragezeichen und läßt alle Möglichkeiten offen. Diese gewollte Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei ist nur geeignet, das bei den Einzelparteien bestehende Mißtrauen zu steigern, das Mißtrauen, daß der Linken lediglich die Rolle des Lückenbüßers zugebacht ist, indem sie mit ihren Stimmen die ausfallenden deutschnationalen Stimmen ersetzen, daß aber, wenn der Mehr seine Schuldigkeit getan hat, die alte Liaison mit den Deutschnationalen wieder aufgenommen werden soll.

Auch die „Germania“ überschreibt ihren Artikel „Unklarheit“. Diese sei weder innen- noch außenpolitisch zu ertragen. Deutschland brauche eine stabile Regierung mit einem starken parlamentarischen Rückhalt, wie ihn Reichstanzler Dr. Luther bei Bildung seines Kabinetts für nötig gehalten hat.

Die Völksparteikonferenz

Ist Dienstag vormittag in Paris zu einer Sitzung zusammengetreten, der Marschall Foch beiwohnte und die von 11-11,45 Uhr dauerte. Über die Sitzung ist ein Kommuniqué ausgegeben worden, das besagt: Die Völksparteikonferenz hat über die Note der deutschen Regierung vom 23. Oktober verhandelt und das Interalliierte Militärkomitee in Versailles gebeten, ihm schleunigst einen Bericht über die militärischen Fragen, die diese Note aufwirft, zukommen zu lassen. Die Völksparteikonferenz hat ihrerseits die Prüfung der Maßnahmen begonnen, die, sobald der Zeitpunkt der Räumung der Röhrenzone durch die alliierten Regierungen festgesetzt werden kann, durchzuführen sind, namentlich was die Frage der Verteilung der Truppen in den Gebieten betrifft, die noch besetzt bleiben.

Eine Timesmeldung über die Räumung Kölns
W.D. London, 28. Okt. (Tel.). „Times“ berichtet aus Paris, die Frage der Räumung Kölns könne für so gut wie geregelt angesehen werden. Weder die französische noch die britische Regierung beabsichtigen, irgend welche ernstlichen

Einwände zu machen, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung den Geist, in dem die Verhandlungen in Locarno geführt wurden, beibehalte. Die Erwägung, die die französische Regierung beeinflusst habe, sei die Annahme, daß die Alliierten durch Erleichterungen in der Befestigung die Kräfte der Rühigung in Deutschland stärken werde.

Politische Neuigkeiten

Macdonald in Berlin

In einer Unterredung mit einem Redaktionsmitglied des „Vorwärts“ erklärte der gegenwärtig in Berlin weilende frühere britische Premierminister Macdonald, das wichtigste Ergebnis von Locarno für Europa sei der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Arbeit Deutschland im Völkerbund mit, der nicht nur eine Organisation Europas, sondern der Welt darstelle, so könne man mit Zuversicht erwarten, daß die günstige Atmosphäre vertrauensvoller Zusammenarbeit für eine unabsehbare Zeit aufrechterhalten bleibe. Bezüglich der Wirkung des Vertrages von Locarno auf Rußland erklärte Macdonald, daß friedliche Verständigung unter den europäischen Staaten sich keineswegs gegen Rußland richte. Es hänge nur von Rußland selbst ab, mit Europa mehr und mehr in Verbindung zu kommen. Keine europäische Regierung betreibe den Sturz der gegenwärtigen russischen Regierung. Als wichtigste Aufgabe der Weltzustand bezeichnete Macdonald die Weiterführung der Entwaffnung und nannte es die große Aufgabe der Arbeiterparteien, dafür zu sorgen, daß baldmöglichst eine wohlüberlegte Entwaffnungskonferenz vom Völkerbund einberufen werde. Deutschland habe einen Rechtsanspruch auf die Entwaffnung, da ihm der Versailler Vertrag keine eigene Entwaffnung nur als ersten Schritt zu einer allgemeinen Abrüstung auferlegt habe.

Deutscher Industrie- und Handelslag

Am Samstag hielt der Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelslages in den Räumen der Handelskammer Berlin unter dem Vorsitz seines Präsidenten Franz von Mendelssohn seine, aus allen Teilen des Reiches sehr zahlreich besuchte Herbstversammlung ab, die der Beratung spezieller wirtschaftlicher finanzpolitischer Angelegenheiten gewidmet war und die in späteren Sitzungen fortgesetzt werden soll. Nach einem kurzen Bericht des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes, Reichsminister a. D. Hamm, über die gegenwärtige Wirtschaftslage, gab Präsident v. Mendelssohn der Hoffnung Ausdruck, daß der Weg von Locarno zur Weltfrieden und zur Wirtschaft werden möge, und daß die Ereignisse der nächsten Woche all denen, die den Ernst der schweren Lage unseres Vaterlandes zu würdigen wissen, die Zustimmung zum Vertragswerk ermöglichen werde. Unter lebhafter Zustimmung sprach der Redner den Wunsch aus, daß durch Taten, die Deutschland nun vom Ausland erwarten dürfte, sich die erhoffte große Wendung unabweisbar anzeige und Deutschland die Gewissheit der wirklichen Gleichberechtigung und des aufrichtigen, auf gegenseitige Achtung beruhenden Friedens der Völker gegeben werden möge, wie sie nicht allein das geistige und seelische Bedürfnis, sondern auch die wirtschaftliche Wohlfahrt aller Völker verlange.

Kreditverhandlungen für die Landwirtschaft

Bei einer am Sonntag in Berlin stattgefundenen Konferenz des Reichsministers Kanis mit Vertretern der Landwirtschaft und der zentralen Kreditinstitute über die schwierige Kreditlage der Landwirtschaft wurde seitens der Kreditinstitute bei einer Reihe von Kreditgruppen die Möglichkeit gewisser Erleichterungen über das allgemein bisher zugestandene Maß hinaus in Aussicht gestellt, wenn auch kein Zweifel darüber gelassen werden konnte, daß selbst in denjenigen Bezirken, die jetzt zwei Jahre hintereinander von ausnahmsweise schweren Witterungsverhältnissen betroffen wurden, ein gewisses Maß von Abzahlung gewährleistet sein muß. Von landwirtschaftlicher Seite wurde besonderer Wert darauf gelegt, daß die Kreditfrage nicht als alleiniges Problem, sondern im engsten Zusammenhang mit der Absatzkrise und den steuerlichen Verpflichtungen behandelt werden müsse. Die Finanzministerien des Reiches und Preußens sagten eine weitere Erörterung über die seit dem Sommer in den Notgebieten entstandenen Steuerrückstände zu. Die Besprechungen über die Kreditlage zwischen dem Reich und den zentralen Kreditinstituten bezw. der Landwirtschaft sollen später fortgesetzt werden.

Zu den franz.-deutschen Handelsvertragsverhandlungen.
Die deutsche Delegation für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen hat bekanntlich am 5. Oktober der französischen Delegation ausführliche Vorschläge für die Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen überreicht lassen. Die französische Delegation hat ihre Antwortnote darauf nunmehr am 26. Oktober der deutschen Völkspartei in Paris gegeben lassen. Die Antwort ist alsbald telegraphisch nach Berlin übermittelt worden, wo sie hier einer beschleunigten Prüfung zu unterziehen. Die Antwortnote der französischen Delegierten hat aber noch nicht die Listen enthalten, in denen die französischen Gegenvorschläge im einzelnen aufgeführt werden.

Der sowjetrussische Budgetvoranschlag für 1926.
Die Sowjetregierung prüft gegenwärtig den Budgetvoranschlag der Sowjetunion für das Finanzjahr 1925/26, der eine Gesamthöhe von 3788 Millionen Rubel und damit 900 Millionen mehr als im Vorjahre aufweist. Das Budget schließt ohne Defizit ab. Die nichtsteuerlichen Einnahmen aus Industrie, Verkehr und Handel werden 600 Millionen mehr als im Vorjahre betragen. Für landwirtschaftliche Zwecke sind 550 Millionen, doppelt so viel als im Vorjahre, vorgesehen. Das Kriegsbudget macht mit 624 Millionen 16% des Gesamtbudgets und damit ebenfalls wie im Vorjahre und 2% weniger als in der Vorkriegszeit aus.

Der Reichsschulgesetzentwurf zurückgezogen?
Einer Korrespondenzmeldung zufolge soll jetzt nach dem Rücktritt des Reichsministers Schiele der Reichsschulgesetzentwurf vom Reichsministerium des Innern zurückgezogen werden, so daß seine Beratung im Reichskabinett hinfällig wird. Ferner soll der sozialdemokratische Staatssekretär Schulz, der von Schiele beurlaubt worden war, demnächst wieder seinen Posten im Reichsministerium des Innern aufnehmen.

Gefangenaustausch zwischen Deutschland und den Alliierten.
Auf Grund einer Verständigung zwischen der deutschen Regierung und der Völksparteikonferenz sind für die gemeldete Freilassung von vier deutschen Staatsangehörigen aus der Haft der Alliierten im Rheinland von deutscher Seite vier französische Gefangene freigelassen worden, die von deutschen Gerichten wegen politischer Straftaten verurteilt worden waren.

Der Zusammentritt des neuen Berliner Stadtparlaments.
Die neu gewählte Berliner Stadtverordnetenversammlung tritt am 19. November zu ihrer ersten Sitzung zusammen, in der die Wahl des Stadtverordnetenvorstandes sowie die Zusammensetzung der Deputationen erfolgen sollen.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident hat sich zur Erledigung privater Angelegenheiten nach Hannover begeben, von wo er am Freitag wieder nach Berlin zurückkehren wird.

Zur Optantenfrage.
Nachdem in Polen in der Optantenfrage ein Umschwung eingetreten ist, hat, wie WW meldet, die preussische Regierung, entsprechend den Beschlüssen des polnischen Ministerrats an die örtlichen Behörden die Anweisung ergehen lassen, daß die in der letzten Zeit als Repräsentanten verfügbaren Ausweisungsbefehle gegen polnische Optanten unbenutzlich rückgängig gemacht werden.

Zusammentritt des bayerischen Landtages am 1. Dezember.
Der Ausschuss des bayerischen Landtages beschloß, daß der Landtag spätestens am 1. Dezember zusammentreten soll.

Der preussische Landtagsausschuss für die Verwaltungsreform wandte sich dem Abschnitt „wirtschaftliche Betriebe und Finanzgebarung der Gemeinden“ zu. Hierzu lag ein völksparteilicher Antrag vor, den § 74 zu streichen, nach dem die Gemeinden berechtigt sind, außer den Versorgungsbetrieben auch andere gewerbsmäßige Betriebe zu führen. Von der Regierung wurde eine Neufassung der Gesamtbestimmungen über die wirtschaftliche Betätigung der Städte in Vorschlag gebracht.

Keine Übernahme der Berliner Hochbahn durch die Stadt Berlin.
Die gemischte Deputation zur Beratung der Frage des Erwerbs der Hochbahn hat beschlossen, von dem Recht der Stadt Berlin, im Jahre 1927 die Hochbahn zu übernehmen, keinen Gebrauch zu machen.

Deutscher Weinbaukongress 1926.
Der Deutsche Weinbaukongress, verbunden mit einer Weinausstellung, wird, wie jetzt bekannt wird, im Jahre 1926 in Wiesbaden stattfinden. Auch der Verband der Deutschen Berufsgehilfen wird seinen nächstjährigen Verbandstag in Wiesbaden abhalten.

Eine deutsche Studienkommission in England.
„Morning Post“ zufolge, gab die britische Regierung zu Ehren der Mitglieder der deutschen Delegation, die zum Studium des britischen Arbeitensystems in London weilte, ein Frühstück, an dem Arbeitsminister Sir Arthur Steel Maitland als Vertreter der Regierung teilnahm.

Der neue schweizerische Nationalrat.
Der neu gewählte schweizerische Nationalrat weist folgende Zusammensetzung auf: Sozialdemokraten 49 (bisher 43), Kommunisten 3 (2), Sozialpolitische Gruppe 3 (3), Freisinnige und Demokraten 60 (58), Katholische Konföderation 42 (44), Bauern-Gewerliche Bürgerpartei 30 (34), Liberale Demokratische Partei 8 (10), Parteilose 3 (4).

Eine Kundgebung Mussolinis.
Mussolini erließ anlässlich der bevorstehenden Dreijahresfeier der faschistischen Herrschaft eine Kundgebung, in der er unter Hinweis auf die Erfolge dieser drei Jahre aufzufordern, auf den beschränkten Wegen fortzusetzen. Am Schluß der Kundgebung heißt es: Die Regionen müssen sich immer enger zusammenschließen und wenn es nötig ist, gegen alle stehen.

Ruhe in Marokko.
Havas meldet aus Rabat: Die allgemeine Lage ist gut. Im westlichen Frontabschnitt herrscht vollkommene Ruhe. Die Regimenter sind zum größten Teil in die inneren Quartiere gezogen. Einige Truppen dürften nach Algerien befördert werden. Zwei Regimenter sind nach Syrien geschickt worden. Die drei weiteren Truppenteile werden demnächst an die Küste in Marokko geschickt, um in die Heimat eingeschifft zu werden.

Eine Friedenskonferenz in Peking?
Die Peking-Regierung richtete an Tschangsolin, an General Feng und ihre Anhänger ein Telegramm mit der Aufforderung, je zwei Delegationen zu einer Aussprache über die Lage nach Peking zu entsenden.

Die Präsidentenwahl in Chile hat sich in vollkommenster Ruhe abgepielt. Emiliano Figueroa wurde mit großer Mehrheit gewählt.

Badischer Teil

Der Festakt der Übergabe des Ebert-Denkmal

Dr. Heiberg, 27. Okt. Der Festakt der Übergabe des Friedrich Ebert-Denkmal beginnt am Samstag vorm. 11 Uhr und wird mit einem Choral des höchsten Ordensers eingeleitet. Darauf wird ein Vertreter der Reichsregierung, vornehmlich der Reichswehrminister Dr. Hecker eine Ansprache halten, worauf Oberbürgermeister Watz mit einer kurzen Ansprache das Denkmal in den Schutz der Stadt Heiberg überreicht. Mit einem Choral schließt die Feier. Außer den bereits gemeldeten Personen und den Familienmitgliedern der verstorbenen Reichspräsidenten wird das Reichspräsidenten durch den Vizepräsidenten Dr. Meyer und die preussische Staatsregierung durch den Ministerpräsidenten Braun vertreten sein. Als Vertreter der badischen Staatsregierung wird vermutlich Staatspräsident Dr. Hellpach, der Feier beiwohnen.

Die Saarverhandlungen in Baden-Baden

Die Verhandlungen, die vom 13.-27. Oktober zwischen einer deutschen Delegation unter Führung des Vortragenden Legationsrates von Friedberg und einer Delegation der Regierungskommission des Saargebietes unter Führung des Präsidenten Raut und der Mitglieder der Regierungskommission W. A. Stedens und Kothmann in Baden-Baden über eine Anzahl von Verwaltungsangelegenheiten stattgefunden haben, sind zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Eine Einigung ist u. a. erzielt worden über die Vermeidung von Doppelbesteuerungen, über Rechtsbehelfe in Steuerfällen sowie über die Durchführung des Reichsgesetzes über die Ablösung der öffentlichen Anleihen im Saargebiet. Besondere langwierige Erörterungen ergaben sich bei der Frage der Beamtenpensionen. Es wurde in Aussicht genommen, am 1. Dezember wieder zusammenzutreten, um alsdann die Pensionsfrage zugleich mit dem gesamten Komplex der Beamtenfrage zu behandeln.

Durchreisefähigkeitsvermerke durch die Tschechoslowakei

Die tschechoslowakischen Grenzkontrollstellen wurden zur Ausstellung von Durchreisefähigkeitsvermerken ermächtigt, jedoch nur von solchen zur ununterbrochenen Durchreise. Für anderweitige Reisen in oder durch das Gebiet der Tschechoslowakei ist nach wie vor ein Sichtvermerk des zuständigen tschechoslowakischen Konsulats in Deutschland erforderlich.

Für die von den Grenzkontrollstellen erteilten Sichtvermerke wird die doppelte Konsulatsgebühr erhoben.

* Nr. 45 des Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz: Die achte Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes.

Gemeinde-Rundschau

Die Wasserversorgung von St. Georgen im Schwarzwald. Die Stadt St. Georgen kämpft seit langen Jahren bei ihrer ständig zunehmenden Vergrößerung mit einer unzureichenden Wasserversorgung. Der Bürgerausschuß befaßte sich in seiner letzten Sitzung sehr eingehend mit dieser Frage. Nach Ansicht des Bürgermeisters Stöckinger kommt nur die auf der Gemarkung Buchenbach liegende Mühlbachhofquelle in Frage, die auch in der trockenen Jahreszeit 7-8 Sekundenliter liefert. Alle anderen Projekte fanden im Bürgerausschuß keine Zustimmung, einmal wegen der außerordentlich hohen Kosten, die z. B. eine Wasserentnahme aus dem Klosterweiher verursachen würde, das aber erst gereinigt werden müßte, dann aber auch, weil ein etwa zu errichtender Hochbehälter bei den großen Höhenunterschieden in der Stadt St. Georgen nicht ausreichen würde. Nach der Aussprache faßte Bürgermeister Stöckinger unter allseitiger Zustimmung das Ergebnis dahin zusammen, daß dem Gemeinderat vom Bürgerausschuß die Ermächtigung erteilt wird, die Mühlbachhofquelle zu kaufen und, in Verbindung damit, ein Projekt für die Erweiterung der Wasserversorgung vorzulegen.

Aus der Landeshauptstadt

Europäische Fahrplankonferenz. Wie uns mitgeteilt wird, ist auf der Europäischen Fahrplankonferenz, die in diesem Jahr vom 19. bis 24. Oktober in Haag stattgefunden hat, beschlossen worden, die nächstjährige Europäische Fahrplan- und Wagenbestellungs-konferenz in der ersten Hälfte des Monats Oktober in Baden-Baden abzuhalten.

Dr. Geener freit in Karlsruhe. Dr. Geener wird am Donnerstag, den 12. November, abends 8 Uhr im großen Saale der Festhalle über die Pläne sprechen, die der deutschen Luftfahrt gestellt sind. Es hat sich ein Ausschuß konstituiert, der die Organisation der Zeppelin-Geener-Spende durchzuführen wird. An der Spitze des Ausschusses steht der Direktor der Bad. Landeswetterwarte, Prof. Dr. Poppier.

Fremdenlegation Max Kirsh hielt im Eintrachtsaal einen Vortrag über seine Erlebnisse in der Fremdenlegation und einer Reise mit dem Lastkraftwagen von Berlin nach Isapaan in Persien, ferner eine Reise mit der deutschen Schriftstellerin Katharina durch Persien. — Kirsh war als Ingenieur in Afrika tätig, beim Ausbruch des Weltkrieges schloß er sich der deutschen Schutztruppe an. Die Flucht aus englischer Gefangenschaft glückte; er fiel aber später wieder in die Hände der Franzosen, wo er sich als Schweizer legitimierte. Von dem franz. Offizier wurde ihm der Antrag gestellt, der Fremdenlegation beizutreten. Um einer genauen Kontrolle in dem angeblichen Mutterlande der Schweiz zu entgehen, aber auch nach seiner deutschen Heimat zu gelangen nahm Kirsh nach vorheriger Ablehnung den Antrag an und wurde so als franz. Soldat ausgebildet. Als solcher nahm er dann an den Kämpfen bei Reims und in der Champagne teil, wo ihm das Überlaufen glückte. Als Deserteur wurde Kirsh von den Franzosen zum Tode verurteilt. Auf Anregung eines deutschen Herzogs fand Kirsh auf dem türkischen Kriegsschauplatz Verwendung. Bei Kriegsende wurde Kirsh in Konstantinopel von den Franzosen gefangen und es stand ihm die Todesstrafe in Aussicht. Die Strafe wurde durch den General Serrail in eine 25-jährige Zwangsarbeit in Tunis verandelt. In Afrika glückte ihm wieder die Flucht, und nach abenteuerlichen Erlebnissen traf Kirsh in Deutschland ein. Die erschienenen Bücher aus dem Verlag A. Edel, Berlin fanden überall Interesse. Kirsh fand berufliche Tätigkeit in der Automobil-Branche. Eine Einladung seines Freundes, des früheren Konsuls in Tabriz, die technische Leitung bei der Errichtung einer Militärmaschinenfabrik zu übernehmen, war ihm willkommen. Mit einem Lastkraftwagen wurde die Fahrt von Berlin nach Isapaan unternommen. Die ganze Fahrt soll demnächst im Film gezeigt werden. — Mit der deutschen Schriftstellerin Katharina unternahm Kirsh ferner eine sogenannte Rundreise durch Persien. Eine große Anzahl von Bildnissen illustrierten seinen Vortrag. Das Publikum dankte Kirsh durch reichen Beifall.

Badisches Landestheater. In der Neuenstudierung von Wagner's „Meistersinger von Nürnberg“, die für Freitag, den 30. angelegt sind, wirken in den Chören der „Festwiese“ im dritten Akt freundlicherweise eingeladene Herren und Damen des Badvereins und des Lehrergesangsvereins mit in einer Gesamtkraft von über 200 Personen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe von 8 Uhr morgens. Der gestrige Tag war in Baden meist bewölkt, nur vereinzelt fielen ganz leichte Niederschläge. Die Temperatur war milde und lag im Mittel 4 Grad über der normalen. — Das Tiefdruckgebiet liegt heute vor der norwegische Küste, ein weiteres folgt westlich Islands. Ueber England und der Biscaya liegt ein schwacher Hochdruckrücken. Ein Tiefdruckausläufer über der Nordsee und Frankreich bringt noch vereinzelt leichte Niederschläge und Wärme, dann wird die Kaltluft des Hochdruckausläufers Abkühlung und vorübergehende Besserung der Bitterung bringen. Voraussage für Donnerstag: Vorerst noch mild, dann Abkühlung, vereinzelt Regenschauer, häufige Aufseiterungen, südwestliche, später westliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heibelberg, 26. Okt. Der Stadtrat hat beschlossen, die neue Straße, die von Sandshausheim über Neuenheim zu der projektierten dritten Redarbrücke führt, Friedrich-Ebertstraße zu nennen.

Dr. Mannheim, 27. Okt. Der Schlichter für Baden hat den Schiedspruch gegen das Kartell der Mannheimer Arbeitgeberverbände (Generalrat) für verbindlich erklärt. Demnach steht sämtlichen in der Mannheimer Industrie und im Großhandel beschäftigten Angestellten ab 1. September eine Gehaltszulage von 8 % zu.

Dr. Forstheim, 27. Okt. Eine stadtbekannt, angesehene Persönlichkeit Forstheims, Bijouteriefabrikant Karl Abel ist gestern im Alter von 70 Jahren gestorben.

Dr. Forstheim, 27. Okt. Wie an anderen Orten wurde auch hier in den letzten Tagen in 84 Häusern von der Gewerbe-Polizei Kontrollen des Brandgefahrts vorgenommen. Bis jetzt ergaben sich bei den 84 Kontrollen 41 Beanstandungen.

Dr. Ludwigshafen a. Rh., 27. Okt. Nach einer Presse-mitteilung beabsichtigt der Pfälzer Volksfestverein in Neu-Port im nächsten Jahre in Stärke von 250-300 Personen der pfälzischen Heimat einen Besuch abzustatten. Der Verein wird am 4. Juli 1926 auf dem neuen Lloyd-Dampfer „Columbus“ in Bremen eintreffen und neben den pfälzischen Städten auch Mannheim und Heidelberg besuchen. In Speyer werden die Deutsch-Amerikaner durch die pfälzische Kreisregierung und die Stadtverwaltung begrüßt werden.

Heilbronn, 28. Okt. Einen interessanten Tag-Regen-Abend veranstaltet am Samstag, den 31. Oktober, der Sing-Orchester im Festsaal der Harmonie. Unter August Richards Leitung wird er u. a. ein Jugendwerk Meyers zur Aufführung bringen, die selten gehörten Nieder für gemischten Chor mit Klavierbegleitung op. 6. Für das Konzert, dem auch die Witwe Max Meyers anwohnen wird, sind als Solisten gewonnen die Sopranistin Claere von Conta (Erfurt) und der Pianist Walter Rehberg (Heidelberg).

Bücheranzeigen

Paul Derx und Erich Rimmer: Die Lohnsteuer und ihre Erleichterungen und Ermäßigungen. Verlagsgesellschaft des VDBV, Berlin 1925. 80 S. Preis broschiert M. 1,35. Die Broschüre will allen Lohn- und Gehaltsempfängern ein Wegweiser durch die immer komplizierter werdenden Bestimmungen der Lohnsteuer sein.

3. Konferenz zur Beseitigung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. 56 S. Berlin 1925. Verlagsgesellschaft des VDBV, M. 1,10. Über die Verhandlungen der am 6.-7. August d. J. in Hamburg stattgefundenen gewerkschaftlichen Jugendkonferenz liegt jetzt dieser gedruckte Bericht vor.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	28. Okt.		27. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.79	169.21	168.82	169.24
Kopenhagen 100 Kr.	103.72	103.98	103.82	104.08
Italien . . . 100 L.	16.54	16.58	16.70	16.74
London . . . 1 Pf.	20.335	20.385	20.338	20.388
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	17.41	17.45	17.78	17.82
Schweiz . . . 100 Fr.	80.87	81.07	80.79	80.99
Wien 100 Schilling	59.065	59.26	59.225	59.26
Prag . . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.42	12.46

Schlusssatz überall 100 Prozent

Verschiedenes

Das Problem des Fernsehens gelöst

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden: Dr. Karolus vom Physikalischen Institut der Universität Leipzig ist es nach jahrelanger schwerer Arbeit gelungen, das Problem des Fernsehens und des Fernphotographierens in vollkommen einwandfreier Weise zu lösen. Das Verfahren des Dr. Karolus unterscheidet sich von dem bekannten deutschen und amerikanischen Verfahren der Fernphotographie durch das rasche Tempo seiner Arbeitszeit. Es ist möglich, in einem Zeitraum von wenigen Sekunden ein Bild im Format von 13 mal 18 Zentimeter auf drahtlosem Wege an einen entfernten Ort zu übermitteln. Im Laboratorium sind bereits Versuche gelungen, die Geschwindigkeit auf eine Zehntel Sekunde herabzudrücken, wodurch das Problem des Fernsehens gelöst ist. Der Kern der Karolus'schen Erfindung besteht in einer Zelle, der Karolus-Zelle, die imstande ist, ihre Durchlässigkeit gegen Lichtstrahlen in Abhängigkeit von auftretenden Stromimpulsen zu ändern. Auf diese Weise ist es möglich, eine vollkommen tragheitslose Steuerung der Lichtwellen im Bildempfänger zu erreichen. Dr. Karolus hat sich nach Amerika begeben, um von dort aus in Gemeinschaft mit der Telefunken-Gesellschaft in New York seine Experimente in großem Maße aufzunehmen.

Vom Mörder Angerstein

Der achtfache Mörder Fritz Angerstein aus Haiger befindet sich, wie aus Elmberg a. L. gemeldet wird, noch im Freiendiebstahl-Gefängnis. Sein Gnabengesuch liegt noch immer dem preussischen Staatsministerium vor; doch erwartet man binnen Kurzem eine Entscheidung.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die dem Bund der Auslandsdeutschen e. V. in Berlin C 2, Klosterstraße 76, durch Erlass vom 20. Juni 1925 Nr. 66348 erteilte Genehmigung zur Vornahme von Sammlungen in Baden wird in jederzeit widerruflicher Weise bis zum 30. November d. J. verlängert.

Karlsruhe, den 28. Oktober 1925.

Der Minister des Innern.

Remmele

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufbesetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen
Zurufbesetzt bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit:
Hörster Emil Müng in Schwabheim.

Gestorben:

Bezirksarzt Sartori in Oberkirch.
Der Oberstaatsanwaltschaft Heinrich Albrecht in Freiburg.

Wijnand Fockink
LIKÖRE
Weltberühmt seit 1679
AMSTERDAM KÖLN

Hervorragende Paßform
Vorzügliche Qualitäten
kennzeichnen meine Mäntel!

Gehrock-Paletots eigene Herstell. 85.—
Schlüpfer 32.— bis 90.—
Ulster 40.— bis 125.—
Paletots 45.— bis 95.—
Loden-Mäntel 28.— bis 60.—
Gummi-Mäntel 15.— bis 48.—
Knaben-Mäntel entsprechend billiger

Julius Löwe
Karlsruhe, Nur-Werderplatz 25

Harmonium
2 Reg. . . Mark 238.—
9 Reg. . . Mark 297.—
13 Reg. . . Mark 411.—
Zahlungsvereinfachung
K. Frankolieferung 948

LANG
Kaiserstr. 167 : Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Konkursverfahren.

§ 235. Donaueschingen.

Über das Vermögen der Firma Donaueschingen G. m. b. H. Donaueschingen in Allmendshofen ist auf deren Antrag zur Abwendung des Konkurses die Geschäftsaufsicht angeordnet.

Als Geschäftsaufsichtsperson ist Rechtsanwalt Trotter in Donaueschingen bestellt.

Donaueschingen, den 24. Okt. 1925.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

§ 238. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Franz Engelmeier, Perren- und Damenwäscherei, Textilwaren in Karlsruhe i. B., Ruppertstraße 12, wurde heute am 26. Oktober 1925, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Firma zahlungsunfähig ist. Der Rechtsanwalt Dr. Fieglehner in Karlsruhe wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. November 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte

zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Mittwoch, den 18. November 1925, nachmittags 5 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den 2. Dezember 1925, nachmittags 5 Uhr, Zimmer 131.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 9. November 1925 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, 26. Okt. 1925.

Gerichtsschreiber

Bad. Amtsgerichts A. 1.

§ 234. Bühl. Über das Vermögen der Fa. J. Bierig und Rosenfeld in Bühl wurde heute am 27. Oktober 1925, nachmittags 3.20 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin wegen Zahlungsunfähigkeit ihre Zahlungen eingestellt hat. Der Rechtsanwalt Braumeyer hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 28. November 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt vor dem dies-

seitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Samstag, den 28. November 1925, vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Samstag, den 12. Dezember 1925, vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 28. November 1925 Anzeige zu machen.

Bühl, den 27. Okt. 1925.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Güterrechtsregister.

Aberlingen. § 188

Güterrechtsregister

Band II Seite 214

Mayer Hermann, Stationsarbeiter in Markdorf, und Maria geb. Richter, Vertrag vom 14. Oktober 1925, Gütertrennung.

17. Oktober 1925.

Bad. Amtsgericht Aberlingen.

III

Staats-Lotterie

Die Auszahlung der Gewinne aus der 1. Kl. sowie die Erneuerung der Lose zur 2. Kl. der **26./252. Preussisch-Süddeutschen Klassen-Lotterie** findet ab

Dienstag, den 27. Oktober 1925 in meinen beiden Geschäften statt. Schluß der Erneuerung: **6. November**. Die Ziehung der 2. Klasse ist am **13. und 14. November**. Ich habe noch eine beschränkte Anzahl Kauflose abzugeben, die ich neu hinzutretenden Spielern zum amtlichen Preise von

1/4 — 1/2 — 1 — 1 Doppellos

6.— 12.— 24.— 48.— 96.— R.-M.

anbiete

ZWERG vormals G&Z
Bad. Lotterie-Einnehmer, Karlsruhe
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38
Telephon 4828. Postscheckkonto 17808

Strafensperre.

In Abänderung und Ergänzung unserer Verfügung vom 25. September ds. J. wird folgendes bestimmt: Auf nachstehenden Strafsperrenden des Amtsbezirks Karlsruhe wird der Verkehr mit Fuhrwerken aller Art während der befristeten Zeit zwecks Herstellung neuer Schotterdecken gesperrt.

1. Landstraße Nr. 13, Karlsruhe-Stuttgart, zwischen Km. 6,657 und 7,900, d. i. bei und in Grödingen vom 27. bis 30. Oktober.
2. Kreisweg Nr. 33, Bergshausen-Wöschbach, den Landstraße Nr. 11 Bergshausen-Heilbronn gegen Wöschbach vom 31. Oktober bis 4. November.
3. Landstraße Nr. 13, Karlsruhe-Stuttgart, zwischen Km. 9,843 und 12,500, d. i. von Bergshausen bis Söllingen vom 5. bis 12. November.
4. Landstraße Nr. 1 Frankfurt-Basel, von Km. 13,500 bis 14,750, d. i. zwischen Weingarten und Durlach vom 13. bis 18. November.
5. Dieselbe, Km. 9,00 bis 9,355, d. i. zwischen Untergrumbach und Weingarten vom 19. bis 20. November.

Kleine Verhängungen in der Zeit der Einbedingung der einzelnen Strafsperrenden können erforderlich werden. Zutreffendenfalls nimmt die Strafensperre ihren Anfang mit dem Tage des tatsächlichen Arbeitsbeginns und endet am Tage der Fertigstellung der betreffenden Strafsperrende.

Zu widerstandlungen werden gemäß § 366 Ziffer 10 R. Str.-G. B. mit Geld oder Haft bestraft. § 240

Karlsruhe, den 26. Oktober 1925. O. J. 161

Badisches Bezirksamt. — Abt. II a.

Weinheim. § 200
Güterrechtsregister Bd. I Seite 471: Buch, Eduard, Dr. phil. Chemiker in Weinheim und Franziska geb. Ederl, verw. Nipper, Vertrag vom 10. Oktober 1925. Gütertrennung 14. 10. 25. Amtsgericht.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 43

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Geldfennig für jede Ausgabe, monatlich für 30 Geldfennig zusätzlich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B.,
Karlsriedstraße 14, bezogen werden.

28. Oktober 1925

Protestkundgebung der Polizeibeamtenschaft Badens Ortsgruppe Karlsruhe

In unteren Saale des Bundeshauses des Badischen Beamtenbundes hat sich gestern Abend die Arbeitsgemeinschaft der Polizeibeamten zusammengefunden, um nach den Einleitungsreden des Vorsitzenden der Versammlung, Herrn Pol. Wachtm. Schwarzjäger — wegen der negativen Behandlung der Beförderungsfrage durch den Reichsfinanzminister Protest zu erheben und vor den Vertretern des neugewählten, badischen Landtages die Notlage der Beamtenchaft, insbesondere in den Reihen der Polizeibeamten darzulegen.

Als Referent des Abends sprach der Geschäftsführer Bach und führte dabei etwa aus:

Aus dem Verlangen der Mitglieder in aller Öffentlichkeit einmal die Stimmung und Wünsche der Polizeibeamtenschaft über die ihr zuteil gekommene Behandlung in der Beförderungsangelegenheit laut werden zu lassen, sei die gegenwärtige Protestkundgebung zustande gekommen. Während das Beförderungsgesetz vom Jahr 1920 einen freizeithilichen Zug aufzuweisen habe auf dessen Weiterentwicklung große Hoffnungen in der Beamtenchaft gesetzt waren, habe sie in der Folge immer mehr Enttäuschungen erleben müssen, die sich bei der Beförderungsregelung vom Mai 1924 zu höchster Erbitterung gesteigert und die in die Reihen der Beamtenchaft den Klassenhaß hineingetragen habe. Die Verzweiflung sei weitergeschritten, nachdem über das Vorgehen der badischen Regierung hinweg der Reichsfinanzminister beim Reichsfinanzgericht seinen Einspruch wegen der 20-prozentigen Erhöhung der Bezüge der badischen Beamten in Gruppe I—VI durchgesetzt habe. Die Haltung der Regierungsparteien vor und nach den Wahlen, die ihre eigenen Anträge im Stiche gelassen hätten, habe das übrige dazu beigetragen, das Vertrauen in die Volkvertretung zu zerstören. Besonders schmerzlich sei aber auch die Feststellung gewesen, daß von Seiten des Reichsfinanzministeriums eine scharfe Ablehnung jeglicher Gehaltserhöhung erfolgte, während im Postetat bereits eine Summe von 78 Millionen Mark für diesen Zweck vorgesehen war und während gleichzeitig die Reichsbahn Gratifikationen in Form der sogenannten Leistungszulagen auszuteilen Gelegenheit hatte. Dazu käme weiter der Umstand einer Mehreinnahme von rund 2 Milliarden Mark im vergangenen Rechnungsjahr, der zu einem erheblichen Teil an die „notleidende Wirtschaft“ abfiel.

Redner betonte, man erkenne an, daß eine gewisse Not auch in den Kreisen der Wirtschaft herrsche, aber wenn man diese Not zugebe, so dürfe man an der bedeutend bittereren Notlage der Beamtenchaft nicht kallidäselnd vorübergehen. Die Verschuldung schreite gerade in den Reihen der Polizeibeamtenschaft enorm weiter. In Darmstadt seien beispielsweise von 103 Polizeibeamten, die der badischen Beamten-genossenschaftsband angehörten, 96% mit einer Gesamtschuld

von 51 000 Mark belastet. Diese Feststellung sei lediglich eine Klucht in die Öffentlichkeit, um zu zeigen, welchen Grad die Verschuldung da und dort erreicht habe, dabei sei noch nicht gesprochen von den Verbindlichkeiten, die gegenüber der Geschäftswelt wahrscheinlich auch noch beständen. Unter solchen Verhältnissen sei der Korruption Tür und Tor geöffnet. Der Polizeibeamte solle und wolle unbestechlich und rein dastehen. Wie das noch möglich sei, wenn man ihn mit 150 Mark Monatsgehalt den Gefahren der Straße übergebe, bleibe zu überlegen.

Der Vortragende kommt sodann auf die Beförderungsbezüge der Polizeibeamten im einzelnen zu sprechen und zu der Vergleichung mit solchen von Angestellten und Arbeitern, die sie wesentlich übersteigen. Baden hätte vor dem Krieg die schlechteste Bezahlung der Polizeibeamten gehabt. Bei einer Beförderungsregelung müsse man deshalb von einem Durchschnitt ausgehen, wie er in anderen Ländern in den Bezügen des Straßendienstbeamten (Gruppe IV) bestanden habe. Die zinslosen Darlehen seien keine Hilfe, durch sie werde die Schuldenlast nur in das Jahr 1926 hinfübergetragen. Nach dem Ausspruch des Reichsfinanzministers seien Polizeifragen Länderfragen. Es müsse deshalb um so mehr Wert darauf gelegt werden, daß von der badischen Regierung künftig einer Beförderung der Polizeibeamten zugestimmt wird, die den Polizeibeamten die nötigen Mittel zuführt und ihnen auch ähnlich wie in Württemberg Sonderzulagen für Mehraufwendungen gewährt.

Zum Schluß erinnerte der Referent nochmals die Parteien an die Einlösung des gegebenen Versprechens und hob hervor, die Polizeibeamten seien bereit, alles einzusetzen für das Volk, den Freistaat Baden und die deutsche Republik.

In der anschließenden Diskussion unterstrichen einzelne Redner die Ausführungen des Referenten, worauf die folgende

Entscheidung

zur Annahme gelangte:
Am 27. 10. 1925 im Saale des Bundeshauses Café Novak hier versammelten Karlsruher Polizeibeamten haben kein Verständnis für die erfolgte Ablehnung jeglicher Beförderungsbesserungen und bedauern, daß der Reichsfinanzminister nicht den Willen hat, die grausame Pferdedur zu beenden. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß die politischen Parteien des Reichstages ihre vor der Reichstagswahl gegebenen Versprechungen nun endlich einlösen und sich mit aller Kraft für eine sofortige Aufbesserung der Beamtenbezüge einsetzen.

Sie fordern von dem Vorstand des Verbandes der Polizeibeamten Badens, daß er nochmals und unverzüglich der badischen Regierung, dem badischen Landtage die vorhandene große Notlage in den Reihen der Polizeibeamten schildert und eine grundsätzliche Neuregelung der Beförderungsverhältnisse beantragt.

Die Versammelten fordern:

Für die Beamten während den ersten 5 Polizeidienstjahren (einschl. Polizeischule) eine prozentuale Vergütung aus der Beförderungsgruppe V. Für die Polizeibeamten im Einzeldienst als Eingangsgruppe die Beförderungsgruppe V mit der Aufstiegsmöglichkeit nach der Beförderungsgruppe VI.

Für die Spezialpolizei (Kriminal-, Fahndungs- und Verwaltungspolizei) die Beförderungsgruppe VI mit Aufstiegsmöglichkeit nach Gruppe VII.

Für die Polizeiverwaltungsbeamten (Bereitschaftspolizei) die Gleichstellung aus der Beförderung der Polizeioffiziere der derzeitigen Polizeibereitschaften.

Für alle Polizeibeamten:

- Die Aufstiegsmöglichkeit in höhere Beförderungsgruppen.
- Die Anrechnung von 8 Beförderungsjahren bei der erstmaligen Eingruppierung in die Beförderungsordnung und die Verbeibehaltung dieser 8 Jahre beim Aufrücken in höhere Beförderungsgruppen.
- Bis zur grundsätzlichen Neuregelung der Beförderungsverhältnisse die Gewährung einer besonderen Zulage für Mehraufwendungen im Dienst.

Namens der anwesenden Landtagsabgeordneten (Bauer, Volkspartei, Ruhn-Zentrum und Weismann-Sozialdemokratie) sprach Präsident Dr. Glöckner (Dem.) die Versicherung aus, die zum Ausdruck gebrachten Wünsche wie es bisher geschehen, im badischen Landtag zu vertreten und auf ihre Erfüllung im Rahmen des Möglichen hinzuwirken.

Zu der Beamtenversammlung am 12. Oktober ds. J. in Karlsruhe

teilt uns der 2. Redner mit, daß seine Ausführungen tatsächlich folgendermaßen lauteten:

„Es ist vorhin durch einen Zwischenruf bemerkt worden, die Protestversammlungen hätten doch keinen Wert, da die Gesellschaft mache was sie wolle; diese Auffassung ist unrichtig, da die maßgebenden Stellen den von einem einheitlichen Willen getragenen Kundgebungen der Beamten Aufmerksamkeit schenken müssen. Es komme bei Protestversammlungen nicht darauf an, daß möglichst scharfe Worte gewählt werden, sondern es kommt darauf an, daß das Verlangen berechtigt und durchführbar ist und die Antragsteller einmütig dahinter stehen. Es ist verfehlt, in allen Fällen die Demütigung in den Personen der leitenden Staatsmänner zu erblicken; diese Demütigungen sind gerade in gegenwärtiger Zeit auf die politische u. wirtschaftspolitische Konstellation, an der die Beamten bei Ausübung ihres Wahlrechtes auch mitgewirkt haben, zu erblicken. Redner wies darauf hin, daß das Verhältnis des Beamten zum Staat ein Treueverhältnis sei und naturgemäß nur dann bestehen kann, wenn beide Kontrahenten die Treue wahren. Die Beamten haben die Treue gewahrt bis jetzt und werden sie auch weiter wahren, aber wenn deren Recht weiterhin beeinträchtigt und eine ordentliche Lebenshaltung unmöglich gemacht wird, dann wird auch hier keiner Organisation möglich sein, Ordnung zu halten.“

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Pianos Besuchen Sie mein Lager und Sie werden staunen über Preis und Qualität
Teilzahlung gestattet 480

Sprechapparate G. Kunz
KARLSRUHE
Kronenstr. 10

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik
Karlsruhe, Kaiserstr. 120
Wandbilderschmuck
Inhaber: W. Bertsch Bildereinrahmungen

Damenpelze — Pelzmützen
äußerst vorteilhaft
L. PH. WILHELM
205 Kaiserstraße 205 476

Tapeten Große moderne Auswahl
Möglichst billigste Preise
— Solide Tapezierarbeit —
Streng reelle Bedienung
Räumungsverkauf besserer
Tapeten — neueste Muster
Sebast. Münch
Hirschstraße 28 KARLSRUHE Hirschstraße 28

Max Peter, Damenschneidermeister
Großes Stofflager Werkstätte für beste Maßarbeit Mäßige Preise
Frau Marg. Peter-Dung
bietet preiswerte Frauen-Wintermäntel
Für junge Mädchen billige Wintermäntel
12.—, 15.—, 18.—, 25.—
Waldstraße 3 Im Kunstverein

Kunsthandlung Wandschmuck
für jeden Geschmack
in reichster Auswahl
MOOS
KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für
TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen 406

SINGER NÄHMASCHINEN
Erleichterte Zahlungsbedingungen 479
Ersatzteile - Nadeln - Oel - Garn - Reparaturen
SINGER CO. KARLSRUHE
Nähmaschinen Act-Ges. Kaiserstr. 124

Betten und Kinderbetten
in Holz und Metall, sowie Matratzen, Patentröste und
Federbetten außergewöhnlich billig
Auf Wunsch Zahlungsverleichterung
Gottfr. Klettenheimer
Markgrafenstraße 52 beim Rondellplatz

Das **Tapeten-Haus** von
Rieger & Matthes Nchf.
Kaiserstraße 186 KARLSRUHE Fernruf 1783
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in den neuesten Mustern
Spezialität: **Stil- und Künstler-Tapeten**
Muster stehen gerne zur Verfügung 477

Herren- oder Damenrad oder Nähmaschine
Gute Marken und Fabrikgarantie
erhalten Sie bei 20 M. Anzahlung bei
K. Dürringer, Kronenstraße 27
Überzeugung ohne Kaufzwang
Sämtliche Ersatzteile und Reparaturen äußerst billig

Rohlen
Alle Sorten Röhren, Stützrohren, Britetts, Holz,
Belg. Anthracit, Anthracit-Eisformbritetts und Holz,
nur erstklassige Ware, liefern prompt 490
Karl Rieß & Sohn
Sofenstr. 45. Telefon 2363.

Spenglers Geschichts-Philosophie
Eine Kritik
Von
Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. — 75
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Stempel-Herdle
Waldstr. 44 KARLSRUHE Telefon 1133
Kautschuk-, Metall- und Signier-
Stempel, Email- u. Metallschilder
Sämtliche Stempelutensilien
Rascheste Lieferung
Laden: Kaiser-Allee 41. Telefon 3981

G. BRAUN KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Hofbuchdrucker- und Verlag
Karlsriedstraße 14
Herstellung von Druckarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT
KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443 472
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempergiesserei

Druck G. Braun, Karlsruhe.